

„Wer hat, dem wird gegeben. Wer nichts hat, der kommt auch zu nichts.“

## Jahresempfang des SoVD Nordrhein-Westfalen



Von links: SoVD-Landesvorsitzende Gerda Bertram, Staatssekretär Dr. Wilhelm Schäffer und Andrea Asch (Bündnis 90/Die Grünen) tauschten sich über aktuelle Themen aus.

„Sozial benachteiligte und behinderte Menschen werden aus vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens nach wie vor ausgeschlossen“, kritisierte Gerda Bertram. Sie wies dabei auf die Situation in Nordrhein-Westfalen hin: Obwohl die UN-Behindertenrechtskonvention seit zwei Jahren in Kraft ist, sei man hier von einem inklusiven Bildungssystem nach wie vor weit entfernt. Der SoVD erkennt zwar an, dass die Landesregierung erste Schritte in die richtige Richtung getan habe, der gemeinsame Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern sei jedoch bei der Gemeinschaftsschule weiterhin nicht zwingend vorgesehen. „Wir brauchen eine barrierefreie, inklusive Schule, damit kein Kind mehr zurückbleibt“, sagte Bertram. Damit dies verwirklicht werden könne, müssten weitere, mutige Schritte folgen. Die personellen und baulichen Voraussetzungen für einen inklusiven Unterricht an den Schulen müssten allerdings erst noch geschaffen werden.

Nach der UN-Behindertenrechtskonvention haben behinderte und pflegebedürftige Menschen das Recht, selbst zu entscheiden, wo und mit wem sie leben wollen. Für den SoVD NRW ist es vor diesem Hintergrund nicht hinnehmbar, dass alten und pflegebedürftigen Menschen

auch gegen ihren Willen noch immer ein Doppelzimmer im Pflegeheim zugemutet werden kann. „Das verletzt die Privat- und Intimsphäre dieser Menschen massiv“, erklärte Gerda Bertram. Die Landesvorsitzende forderte einen Rechtsanspruch auf ein Einzelzimmer im Landesheimrecht sowie Verbesserungen für die häusliche Pflege: „Zwei Drittel der pflegebedürftigen Menschen werden zu Hause von ihren Angehörigen versorgt – oftmals ohne professionelle Unterstützung. Sie leisten Pflege bis weit über ihre Belastungsgrenze hinaus und werden dabei selbst krank. Wir brauchen mehr bezahlbare Unterstützungs- und Entlastungsangebote, damit sie diese schwere Aufgabe leisten können.“

SoVD-Präsident Adolf Bauer prangerte die zunehmende Ungerechtigkeit in Deutschland an: „Bei uns gilt inzwischen: Wer hat, dem wird gegeben. Und wer nichts hat, der kommt auch zu nichts. Das aber widerspricht den Grundsätzen des Sozialstaates fundamental.“ Soziale Gerechtigkeit bedeute, dass der Staat gezielt in die individuellen Fähigkeiten des Einzelnen investiere, um allen Menschen gleiche Chancen auf Teilhabe und Selbstverwirklichung zu ermöglichen. Der Sozialstaat müsse dafür sorgen, dass sich Menschen unabhängig von ihrer

„Für Teilhabe und soziale Gerechtigkeit“ – unter dieses Motto hatte der SoVD NRW seinen diesjährigen Jahresempfang gestellt. Die 1. Landesvorsitzende Gerda Bertram begrüßte rund 100 Gäste aus Landespolitik, Sozialgerichtsbarkeit, Verwaltung und Verbänden in der Düsseldorfer Rheinterrasse. In ihrer Rede forderte Bertram bessere Teilhabechancen für behinderte und sozial benachteiligte Menschen sowie mehr Unterstützung und Entlastung für pflegende Angehörige. SoVD-Präsident Adolf Bauer nahm Stellung zu den an diesem Tag gescheiterten Verhandlungen zur Neuregelung der Hartz-IV-Regelsätze. Er mahnte Soforthilfen für die Betroffenen an und warnte vor einem weiteren Sozialabbau.

Gesundheit, ihrem Talent und ihrem Geldbeutel auf gleicher Augenhöhe begegnen können. Vor diesem Hintergrund forderte Bauer einen Richtungswechsel vom Sozialabbau hin zu mehr Solidarität. Nachdrücklich warnte er zudem vor einem weiteren Anstieg der Armut – insbesondere von Kindern: „Der Staat muss dafür Sorge tragen, dass jedes Kind eine Chance auf gute Bildung erhält. Nur so können wir den Teufelskreis der Armut durchbrechen.“

Mit Blick auf die gescheiterten Hartz-IV-Verhandlungen sagte Bauer: „Ausbaden müssen das die Menschen, die in der Gesellschaft den schwersten Stand haben. Die Bundesregierung muss jetzt wenigstens für eine Soforthilfe sorgen. Die 2,5 von Armut betroffenen Kinder brauchen schnelle und unbürokratische Hilfe. Sie werden sonst um ihre Zukunftschancen gebracht.“

Der SoVD-Präsident forderte die Stärkung der solidarischen Sicherungssysteme. Die weitere Privatisierung sozialer Risiken wie Alter, Krankheit und Pflegebedürftigkeit müsse gestoppt werden. Bauer wurde deutlich: „In einer sozialen Marktwirtschaft ist die Aufgabe des Sozialstaates nicht auf die Rolle des Reparaturbetriebes einer freien Wettbewerbsordnung beschränkt. Im funktionierenden Sozialstaat



Einige Landtagsabgeordnete waren beim SoVD-Empfang zu Gast, darunter unter anderem (von links) Bernhard Tenhumberg (CDU), Arif Ünal (Grüne), Dr. Stefan Romberg (FDP) und Rainer Bischoff (SPD).

ist wirtschaftlicher Erfolg untrennbar mit sozialer Gerechtigkeit und Wohlstand für seine Bürgerinnen und Bürger verbunden. Denn sie haben den Unternehmenserfolg maßgeblich erwirtschaftet.“

Die Grußworte der Landesregierung überbrachte Staatssekretär Dr. Wilhelm Schäffer. Er bezog ebenfalls Position zu den gescheiterten Verhandlungen über die Hartz-IV-Regelsätze: „Die Landesregierung bedauert, dass keine Einigung zustande gekommen ist. Wir konnten den Vorschlägen von Schwarz-Gelb nicht zustimmen, weil die Koalition die manipulierte Berechnung der Hartz-IV-Sätze nicht korrigieren will.“ Ein weiteres Problem sei

gewesen, dass auch bei der Forderung nach einem Mindestlohn in der Zeitarbeit sowie nach einer gleichen Bezahlung von Leiharbeitern und Stammbeschäftigten in den Betrieben kein tragfähiger Kompromiss erreicht werden konnte. Schäffer konkretisierte den dringenden Handlungsbedarf: „Armut ist durch Langzeitarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung verursacht. Die Leiharbeit verschlimmert die Situation. Denn sie wird dazu genutzt, die Stammbeschäftigten durch billige Leiharbeiter zu ersetzen. Deshalb sind vor allem in diesem Bereich gesetzliche Regelungen unverzichtbar.“

„Wirtschaftlicher Erfolg ist untrennbar mit sozialer Gerechtigkeit verbunden.“

### Aus den Grußworten der Fraktionen

„Beim Thema Inklusion müssen wir alle Betroffenen mitnehmen. In der Diskussion kann es sicher mal passieren, dass nicht der richtige Ton getroffen wird. Wir müssen parteipolitische Interessen zurückstellen und der Qualität den Vorzug vor Quantität geben.“

Ursula Doppmeier (CDU)

„Es halten diejenigen am selektiven Bildungssystem fest, die nichts anderes kennen. Dort, wo die Inklusion schon seit Jahren praktiziert wird, fällt es leichter, für ein inklusives Bildungssystem zu werben. Wir müssen dennoch sensibel mit dem Thema umgehen und die Schule sich entwickeln lassen.“

Heike Gebhard (SPD)

„Bei den Verhandlungen um die Hartz-IV-Regelsätze geht es darum, wie viel Teilhabe und soziale Gerechtigkeit wir wollen. Mit der Politik der Bundesregierung wird neue Kinderarmut geschaffen.“

Andrea Asch (Bündnis 90/Die Grünen)

„Wenn Verhandlungen scheitern, dann liegt es an allen. Es ist zu einfach, den schwarzen Peter einer Seite zuzuschieben.“

Dr. Stefan Romberg (FDP)

„Der Markt kann die Gesellschaft nicht zusammenhalten. Wer auf das freie Spiel der Kräfte setzt, der will die Freiheit des Fuchses im Hühnerstall. Wir brauchen eine regulierende Sozialpolitik, der es gelingt, den Menschen in den Brüchen seines Lebens – Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflege und Alter – verlässlich aufzufangen.“

Dr. Carolin Butterwege (Die Linke)



Ebenfalls zu Gast waren die Präsidenten der Sozialgerichte (von links): Peter F. Brückner (Düsseldorf), Heinrich Stratmann (Münster), Dr. Ricarda Brandts (Landessozialgericht) und ihr Vorgänger Dr. Jürgen Brand.



SoVD-Präsident Adolf Bauer kritisierte in seiner Rede eine wachsende Ungerechtigkeit und suchte das Gespräch mit der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Heike Gebhard.